

Angriff auf die Sowjetunion

Heute vor 75 Jahren fielen die Nazis in die UdSSR ein. Das Gedenken daran ist in Deutschland, Russland und der Ukraine unterschiedlich

„Gauck sollte einen Kranz niederlegen“

ZEITZEUGE Deutschland erinnert sich zu wenig an die Wehrmachtsverbrechen in der UdSSR. Die Spannungen mit Russland sind ein Grund, sagt der frühere Bundesminister Erhard Eppler und wünscht sich „ein Zeichen“. Heute spricht er bei der Gedenkveranstaltung

INTERVIEW TOBIAS SCHULZE

taz: Herr Eppler, wie haben Sie den 22. Juni 1941 erlebt?

Erhard Eppler: Das weiß ich noch genau. Da war ich auf einem Sportfest der Hitlerjugend. Da ging es um Weitsprung, Ballwerfen und 100-Meter-Lauf. Und da wurde dann über Lautsprecher mitgeteilt, was da an der Grenze zur Sowjetunion passierte.

Und wie reagierten die Sportler?

Zuerst einmal mit großer Überraschung. Es gab ja einen Nichtangriffspakt, der noch keine zwei Jahre alt war. Natürlich konnten wir jungen Leute noch nicht wissen, was das auch für uns selbst bedeuten wird. Von einer Begeisterung kann trotzdem keine Rede sein. Eher von dumpfen Ahnungen.

Was ahnten Sie persönlich?

Ich hatte ja schon ein bisschen was von Geschichte gehört. Von Napoleon und von allen Versuchen, dieses riesige Reich zu erobern. Und das hat natürlich gewirkt.

Wie haben Sie den Krieg gegen die Sowjetunion in den folgenden vier Jahren erlebt?

Mit knapp 18 Jahren kam ich als Soldat an die Westfront, aber in eine Kompanie, die lange Zeit im Osten war. Vor dem Einschlafen haben die Obergefreiten davon erzählt, wie es dort zugegangen ist. So habe ich einige schauerliche Geschichten erfahren.

Zum Beispiel?

Wie man mit Gefangenen umging. Mehr als drei Millionen sowjetischer Gefangener sind schlicht verhungert. Man hatte den deutschen Soldaten gesagt, die Sowjetvölker seien rassistisch minderwertig, und ein sowjetischer Soldat sei etwas anderes als ein deutscher, französischer oder englischer. Und entsprechend haben sich die Deutschen häufig verhalten.

Ihre Kameraden wussten also von den Verbrechen, haben sie aber nicht als Unrecht wahrgenommen?

Zumindest nicht ausreichend. Es gab sogar Soldaten, die mit dem Nazismus eigentlich nichts am Hut hatten, die die Partei richtig hassten und die trotzdem der Meinung waren, man könne in Russland anders han-

deln als in Frankreich. Da kam auch der Stolz der höheren Zivilisation raus: Wenn man auf den Dörfern nur Plumpsklos gefunden hat, dann fühlte man sich eben unendlich überlegen.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland gab es später Jahrzehntlang keine kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen im Osten. Warum nicht?

Der Kalte Krieg verhinderte eine wirkliche Beschäftigung mit diesem kriminellen Feldzug. Wir Deutschen wissen sehr genau, was in Oradour in Frankreich passierte, wo ein Dorf samt Einwohnern ausgelöscht wurde. Wir wissen aber nicht, dass es allein in Weißrussland mehr als 200 solcher Oradours gab.

Im Kalten Krieg war es eben nicht opportun, darüber zu forschen. Deshalb hat noch in den neunziger Jahren die Wehrmachtsausstellung von Reemtsma einen solchen Aufbruch erzeugt.

Die Wehrmachtsausstellung ist jetzt zwanzig Jahre her, der Kalte Krieg fast dreißig. Sind die Verbrechen im Osten inzwischen präsent genug?

Sie sind immer noch ein weißer Fleck. Der 22. Juni ist im politischen Kalender immer noch nicht präsent. Und soweit ich weiß, haben weder die Bundesregierung noch der Bundespräsident die Absicht, sich zum 75. Jahrestag dieses Datums zu äußern.

Was wäre denn angemessen?

Ich wünsche mir ein Zeichen, dass wir diesen schrecklichen Teil unserer Vergangenheit nicht vergessen haben. Es würde mir schon reichen, wenn der Bundespräsident am sowjetischen Ehrenmal, wo ich am Mittwoch reden soll, einen Kranz niederlegen würde.

Die Politprominenz macht sich rar, weil der Jahrestag vor dem Hintergrund des Ukraine Konflikts stattfindet. Das erschwert das Gedenken. Auch für Sie?

Meine Rede am Mittwochabend ist wahrscheinlich noch schwieriger als die bei der Wehrmachtsausstellung, weil ich darin auch meine politischen Forderungen ziehe. Auch zum jetzigen Verhältnis zu Russland.

Welche Folgerungen ziehen Sie?

Um es mit Frank-Walter Steinmeier zu sagen: So können wir nicht weitermachen.

Der Angriff auf die Sowjetunion war nicht nur ein Angriff auf Russland, sondern auf alle Völker der Sowjetunion. Auch auf Ukrainer und Balten.

Da haben sie recht. Aber weil wir uns mit den Schrecken dieses Krieges nicht befassen, sprechen wir noch heute mit einem Gefühl der moralischen Überlegenheit über die Russen und ihren Präsidenten, auch in den Medien. Dieses Gefühl hat keinerlei Berechtigung.

Muss man zwischen Weltkrieg und Putin nicht unterscheiden?

Erhard Eppler

■ 89, 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (SPD). Spielte eine wichtige Rolle in der Friedensbewegung der 1980er, stimmte aber für den Einsatz in Kosovo und Afghanistan.



Foto: dpa

Natürlich. Aber wenn der Herr Benjamin Netanjahu in Israel etwas Völkerrechtswidriges tut, sagen wir höchstens, dass wir das nicht wollen. Punkt. Russland und seinen Präsidenten Putin behandeln wir dagegen polemisch. Im einen Fall haben wir akzeptiert, was da Schreckliches passiert ist. Und im anderen Fall nicht.

Mit der gleichen Begründung könnten die Ukrainer Rücksicht verlangen. Auch sie ha-

ben unter dem Krieg der Deutschen gelitten.

Sicher. Nur polemisieren wir in Deutschland ja nicht gegen die Ukraine – obwohl dort viel Kritikwürdiges geschieht –, sondern gegen Russland und seinen Präsidenten. Ohne jede Hemmung. Immer mit diesem Gefühl: Wir sind moralisch überlegen.

Dennoch könnten Ihnen Ukrainer vorwerfen: Sie wollen nicht verstehen, dass unsere Angst vor den Russen ebenfalls mit der Geschichte zusammenhängt – und mit den Schrecken des Weltkriegs.

Dazu werde ich am Mittwoch auch ein paar Worte sagen. Das Thema Russland, Ukraine und EU ist nur so kompliziert, dass ich es jetzt nicht in zwei Worten zusammenfassen kann. Ich wäre aber gerne bereit, dazu einmal einen Artikel in der taz zu schreiben.

Vielen Dank für das Angebot. Wir melden uns bei Ihnen.



Krieg gegen die Sowjetunion: Die 23. Panzerdivision auf dem Weg zum Kaukasus. September/Oktober 1942. Foto: Arthur Grimm/Jullstein bild

Pompöser Patriotismus und Propaganda

PERSPEKTIVEN Russland und die Ukraine streiten über die Deutung des Zweiten Weltkriegs. Manche Bürger wollen sich dem offiziellen Gedenken entziehen

KIEW taz| 1.418 Kerzen erinnern am heutigen Mittwoch in russischen Städten an den Überfall der Wehrmacht vor 75 Jahren auf die Sowjetunion und die Opfer des 1.418-tägigen „Großen Vaterländischen Krieges“. Veteranen und Jugendliche halten gemeinsam Mahnwachen, an öffentlichen Gebäuden wehen die Fahnen auf Halbmast.

Allein in Moskau sind über tausend Gedenkveranstaltungen geplant. Zuerst wird um vier Uhr morgens ein Kranz am Grabmal des unbekanntes Soldaten im Alexandergarten am Kreml niedergelegt. Dann bringen Regierungsvertreter Blumen zum Kriegsmuseum.

Galina, 1932 in St. Petersburg geboren, will den Tag anders begehen: „Ich singe mit meinen Kindern Lieder aus der Zeit des Krieges, dann besuchen wir das Grab meines Vaters.“ An die weinenden Gesichter ihrer Klassenkameraden, deren Väter an der Front gefallen waren, kann sie sich gut erinnern. Eine zentrale Veranstaltung will sie nicht aufsuchen. „Dieses Patriotismusgerede ist doch verlogen.“

Erst vor wenigen Tagen sei für den finnischen Feldmarschall und früheren Präsidenten Carl Mannerheim eine Gedenktafel in der Sankt Petersburger Militärrakademie angebracht worden – im Beisein eines Vertreters des russischen Präsidenten. „Der hat Truppen befehligt, die Leningrad eingeschlossen und eine Hungerkatastrophe ausgelöst haben. Wie kann man diesem Mann in dieser Stadt und vor dem 75. Jahrestag so eine Ehrung zukommen lassen?“

Mehr noch als die Russen haben Ukrainer und Belorussen gelitten. Gleich zu Kriegsbeginn wurden Kiew und Sewastopol bombardiert, 250 ukrainische Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, das gesamte Staatsgebiet

wurde besetzt. 80 Prozent aller nach Deutschland deportierten Sowjetbürger waren laut Internetportal dozor.kharkov.ua Ukrainer. Jeder fünfte habe sein Leben im Krieg verloren. Seit 2000 ist der 22. Juni in der Ukraine staatlicher Gedenktag.

In der separatistischen „Volksrepublik Lugansk“ organisiert die „Bewegung Frieden für das Gebiet Lugansk“ Gedenkveranstaltungen zum Jahrestag des „Großen Vaterländischen Krieges“. Die Kiewer Zentralregierung vermeidet diesen Begriff: Er sei eine Erfindung der sowjetischen Propaganda, der von dem heutigen Russland übernommen worden sei, schreibt die Stiftung Nationales Gedächtnis, die als Thinktank der

Regierung in Kiew gilt, auf ihrer Homepage. Das heutige Russland reiße das Gedenken an die Opfer des ganzen Zweiten Weltkriegs an sich. Dabei sei der 22. Juni der Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges gewesen,

taz.blog

Videoblog

Herausgefischt aus den Untiefen von YouTube und Google Video: Meistersteins Doppelpack, das kleinste Videomagazin der Welt

blogs.taz.de

während der Weltkrieg bereits 1939 begonnen habe. Bereits im September jenes Jahres seien 8.000 Ukrainer als Angehörige der polnischen Armee gefallen, so das ukrainische Internetportal likbez.org.ua.

Die Beteiligung ukrainischer Nationalisten an Massakern an der polnischen Zivilbevölkerung in Wolhynien, lange ein Tabuthema, wird heute öffentlich diskutiert. In einem offenen Brief an die polnische Gesellschaft baten kürzlich führende Ukrainer um Vergebung für die Verbrechen. Auch die früheren ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk und Viktor Juschtschenko, sowie Patriarch Filaret, gehören zu den Unterzeichnern. **BERNHARD CLASEN**